

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

6.4.1913 (No. 93)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 93

Sonntag, den 6. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Berufsprüfung
amtlich Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen zu Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die fünfmal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 29. März 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Preussischen Generalleutnant a. D. Mathy, bisher Kommandant von Graudenz, das Großkreuz des Ordens vom Fürstlichen Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Steuermann Ludwig Marx im Dienst der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Schwedischen Wasa-zeichens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaufmännischen Direktor der Firma Heinrich Lang in Mannheim, Paul Zabel daselbst, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Offizierskreuzes des Königlich Rumänischen Sternordens zu erteilen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 31. März 1913 wurde Eisenbahnassistent Ernst Fischer in Gaggenau zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 1. April 1913 wurde Eisenbahnassistent Hermann Schreckenberger in Durlach zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 26. März 1913 wurde Eisenbahnsekretär Adolf Veuchert von Radolfzell nach Engen versetzt.

Gestorben:

am 9. Februar d. J.: Kiefer, Albert, Eisenbahnsekretär in Basel,
am 8. März d. J.: Specker, Otto, Eisenbahningenieur, Bureauvorsteher in Karlsruhe,
am 22. März d. J.: Jähringer, Martin, Oberrevisor in Karlsruhe.

Die Apotheke in Kappelrodeck betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Kappelrodeck (Amtsbezirk Achern) ist in Erledigung gekommen. Dieselbe wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Der neue Inhaber der Berechtigung hat die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzusetzende Vergütung zu übernehmen.
Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tage hier einzureichen.

Karlsruhe, den 31. März 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Gladner.

Dr. Gängner.

Die staatsärztliche Dienprüfung betr.

Die Tierärzte

Dr. Bühler, Karl, in Seddenheim,
Dr. Hammer, Karl, in Lahr,
Dr. Huber, Emil, in Lahr,
Dr. Köbele, Wilhelm, in Zhringen,
Dr. Liebert, Max, in Freiburg,
Dr. Mayer, Paul, in Dinglingen,
Dr. Rau, Eugen, in Grünsfeld,
Dr. Mittelmann, Heinrich, in Liedolsheim,
Dr. Sauter, Gottlieb, in Freiburg,
Dr. Scheiße, Julius, in Malsch,
Dr. Steibing, Fritz, in Flehingen,
Dr. Umann, Hermann, in Ullingen.

wurden nach ordnungsmäßig abgelegter Prüfung zur Anstellung im staatsärztlichen Dienst für befähigt erklärt.

Karlsruhe, den 1. April 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner.

Eberle.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 4. Klasse der 2. Preussisch-Süddeutschen (228. Königlich Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 11. und 12. April 1913 stattfinden.

Die Lose für diese Klasse müssen bis zum 7. d. M., abends 6 Uhr, bei den zuständigen Großh. Badischen Lotteriereisnehmern erneuert werden, wo auch Kauflose erhältlich sind.

Karlsruhe, den 5. April 1913.

Großh. Landeshauptkasse.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 99,50 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 5. April 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

Vor hundert Jahren.

6. April. Kriegen fordert von Napoleon die im Kaiserlichen Reich abgetrennten Provinzen.

Karlsruhe, 5. April.

* Politische Wochenrückblicke.

Der Anlaß zur Wehrvorlage.

Die Wehr- und Deckungsvorlagen sind nunmehr veröffentlicht. Den Anstoß zum Vorgehen der verbündeten Regierungen hat die Entwicklung im Südosten Europas und die dort eingetretene Machtverschiebung gegeben, die auch von Österreich-Ungarn lebhaft empfunden wird. Die Ereignisse sind ja nicht nur den Regierungen bekannt. Infolge der neuzeitlichen Berichterstattung sind sie jedem aus dem Volke offenbar, und so mancher, der die Geschehnisse innerlich miterlebte, wird das Gefühl gehabt haben, daß Deutschland sich für alle Fälle stark machen müsse; die Regierungen aber und die Reichsleitung haben ihrer Verantwortung bewußt den Entschluß zum Handeln gefaßt. Wenn man sich die Sache so einfach und menschlich vorstellt, dürfte man sich wohl das richtige Bild machen. Ein listiges Auspielen und Gruppieren der neuerstärkten Balkankräfte gegeneinander entsprach nicht der Stellungnahme des Deutschen Reiches zu den staatlichen Veränderungen im Südosten Europas. Man begegnet freilich in der Öffentlichkeit zum Teil Äußerungen, die darauf hindeuten, daß man eigentlich schon mit diplomatischen Mitteln Erfolge erreichen müsse, daß die Seeresvorlage mithin nur durch die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie verursacht sei. Gewiß soll die Diplomatie arbeiten, dazu ist sie da. Aber Bismarck, der doch wohl von Diplomatie etwas verstand, ist auch vor den Reichstag getreten, um Seeresverstärkungen zu befürworten. Er war ein Menschenalter lang ein politischer und persönlicher Freund Anshands und hat doch nicht verhindern können, daß die Haltung gerade dieses Reiches gegenüber Deutschland zeitweilig drohend wurde. Daß auch gerade mit der deutschen Öffentlichkeit eine auswärtige Politik der List nicht leicht zu führen ist, mag nur nebenbei erwähnt werden. Falls die List eine Erfordernis guter Diplomatie ist, dann sind wir Deutsche eben in diesem Punkte schlechter für den Lebensweg ausgestattet als andere Völker. Das dürfte sowohl von den „Regierenden“ wie von den „Regierten“ gelten. Mit dem Ratsschlage: „Schafft euch eine bessere Diplomatie an und entsprechende Bundesgenossen, dann braucht das deutsche Volk nicht belastet zu werden“, wird man mithin der Sachlage nicht gerecht. Im übrigen ist es ungerechtfertigt und im Interesse unseres Ansehens im Ausland bedauerlich, daß unserer Diplomatie der generelle Vorwurf der Unfähigkeit gemacht wird, nachdem die deutsche Presse übereinstimmend die überragende Bedeutung eines Marschall von Bieberstein und eines Aiderlen anerkannt. Im Ausland denkt man über unsere Diplomatie anders. Dort wird sie richtig eingeschätzt, d. h. geachtet und respektiert.

Die Kritik an den Vorlagen.

Der Anstoß war die äußere Entwicklung. Die Forderung, die gezogen wurde, lag aber ohnehin in der Richtung der Vernunft und Gerechtigkeit. Die allgemeine Wehrpflicht soll im höheren Maße als bisher durchgeführt werden. Die allgemeine Wehrpflicht ist in deutschen Ländern Rechtsordnung, aber sie war in den letzten Jahren nicht entfernt durchgeführt. Mit der Gerechtigkeit, mit der Gleichheit der Pflichten ließ sich das nicht vereinigen. Auf fortschrittlicher Seite hat man sich kürzlich daran erinnert, daß man von alters her die allgemeine Wehrpflicht gefordert habe. Aber man glaubte, darüber mit dem Hinweise, daß man sich die Durchführung anders gedacht habe, kurz hinweggehen zu können. Man hätte sich so leicht mit dieser Forderung des Parteiprogramms, die in Fleisch und Blut des deutschen Volkes übergegangen ist, nicht abfinden sollen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht gerecht und vernünftig ist, dann wäre es am natürlichsten, daß alljährlich alle dienstfähigen Söhne des Volkes eingestellt werden, nicht aber, daß der eine eingestellt wird, der Nachbarssohn nicht. Unter einfachen Verhältnissen kann die allgemeine Wehrpflicht gar nicht anders aussehen, als daß die sogenannte Präsenzliste ganz von selbst mit dem Nachwuchs steigt. Wegen der etatsrechtlichen Schwierigkeit und der Notwendigkeit, feste militärische Formationen zu haben, ist dieser natürliche Zustand bei uns nicht durchgeführt.

Dieser Sachverhalt sollten auch die sozialdemokratischen Agitatoren zugeben. Statt dessen wird dem Volke vorgehalten, daß seine Söhne zur Schlachtbank geführt werden. Die Frauen Berlins werden in einem Aufruf, den der sozialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht, mit folgenden Worten angefleht: „Eure Söhne, die Ihr unter Schmerzen geboren habt, sind es, die auf den Schlachtfeldern ihren Leib den Kugeln entgegenstellen müssen! Eure Söhne sind es, deren Knochen im Falle eines Krieges auf den Schlachtfeldern bleichen!“ Wer es ein Mann, der das schrieb, so wird er durch die spartanische Frau beschämt, die ihren Sohn lieber tot auf dem Schilde, als ohne Schild, durch feiges Laufen gerettet, wiedersehen wollte. Und Detlev v. Siliencron läßt in seinen Schilderungen vom Schlachtfelde den jungen Soldaten, der die Todeswunde trägt, als Leuten, sieghaften Gedanken flüstern: „meine Mutter wird sich freuen“.

Die Sozialdemokratie befindet sich auch im Widerspruch mit sich selbst. In der gleichen Ausgabe des „Vorwärts“ wird zwei Spalten weiter das Bekenntnis zur Wehrhaftmachung des gesamten Volkes in Gestalt der Miliz abgelegt. Es wird versichert, daß die Sozialdemokratie das Vaterland nicht wehrlos machen wolle, und es werden Worte zum Lobe der Miliz und ihrer Aufgabe gesprochen, denen wir den Ernst nicht übersehen wollen. Wo aber Miliz ist, da können auch die demokratischsten Machthaber nicht verhindern, daß sie einmal in Tätigkeit tritt. Es gibt keine menschliche Bürgerschaft gegen Angriffe von außen. Dann werden eben auch die Soldaten der Miliz ihren Leib darbieten. Der „Vorwärts“ führte den General Scharnhorst zugunsten der Miliz an; lassen wir das auf sich beruhen, nehmen wir an, es wäre so; aber Scharnhorst und seine Gesinnungsgenossen vor hundert Jahren wünschten lieber zu sterben, als unter der Knocchenschaft weiter zu leben; sie haben ihren Leib den Kugeln entgegengestellt, sie sind gestorben, und die Frauen standen ihnen treu zur Seite.

Man kann zweifelhaft sein, ob man es als einen Niedergang des männlichen Geistes und damit auch des echt germanisch-frauenhaften betrachten muß, daß hierüber Erörterungen nötig sind. Falls sie uns aber aufgedrängt werden, soll man ihnen nicht aus dem Wege gehen. Wenn jetzt rund 63 000 Rekruten mehr eingestellt werden sollen, dann wollen wir an den ersten und letzten Zweck ihres Waffendienstes denken. Wir wissen, daß, wenn sie einmal marschieren müssen, sie für eine gute Sache kämpfen werden. Sie werden, wie es in dem Aufruf König Wilhelms III. von Preußen heißt, kämpfen für „Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft“. Der feste Wille, für das Vaterland und seine Gerechtigkeit zu sterben, soll in dem deutschen Volksheer lebendig sein; aber daneben soll auch die frische, freie Soldatenart blühen, das fromme, fröhliche Vertrauen. Bisher haben die meisten Mütter ihre Söhne frisch, sonnengebräunt und kräftiger, als sie vorher waren, vom Heere zurückempfangen; durch die Hygiene des „Vor-

wärts" sollen sich die Mütter der neu einzustellenden 3 000 dieses Vertrauen nicht nehmen lassen!

Wir haben die von sozialdemokratischer Seite geübte Kritik an einem Beispiel gezeigt. Auch von anderer Seite wird Kritik geübt, sowohl an der Rüstungsforderung als an der Deckung. Die in der fortschrittlichen Volkspartei vereinigten politischen Kreise scheinen sich nicht ganz klar zu sein, auf welche Seite sie sich schlagen sollen. Aus München wird von einer großen liberalen Versammlung zugunsten der Heeresvermehrung berichtet, in der der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Kerzschneider sprach. Was man von seinem Parteigenossen, dem württembergischen Abgeordneten von Payer hörte, klingt eher nach Gegnerschaft. Er hat von einer dumpfen „Resignation“ gesprochen und es scheint, daß er dieser Resignation den offenen Widerstand vorziehen würde. Die „Frankfurter Zeitung“ bekämpft die Vorlagen beinahe in sozialdemokratischem Tone. Fast wohlthuend berührt es, wenn präzise begründete Abänderungswünsche vorgebracht werden. Im Vergleich mit anderen Äußerungen möchten wir es eine sachliche Kritik der Entwürfe nennen, wenn etwa die Besteuerung dauernd land- oder forstwirtschaftlich benutzter Grundstücke nach dem Ertragswert beanstandet und statt dessen die Besteuerung nach dem Verkaufswerte — gleich den anderen Grundstücken — befürwortet wird. Auf diese Beanstandung, ebenso auf die Frage, ob die Vorausbesteuerung der Aktien gerechtfertigt ist, ob die unterste Vermögensstufe für den Wehrbeitrag (10 000 M.) zu tief angelegt ist, ob man dagegen bei Festsetzung der untersten Einkommenstufe (50 000 M.) nicht zu hoch gegriffen hat — hierauf und auf andere Fragen zu antworten, wird bei der parlamentarischen Verhandlung Aufgabe der Vertreter der Regierungen und der Reichsämtler sein. Wohlthuend nannten wir die sachliche Kritik, die sich auf diese Einzelfragen bezieht; denn sie bildet etwas Festes, was man anpacken kann, während man sich sonst oft einem Wortschwall ohne festen Maßstab und ohne festes erkennbares Ziel gegenüberstellt, es sei denn das: allgemeine Mißstimmung zu erwecken. Artikel häufen sich auf Artikel, und wenn man sie näher prüft, bemerkt man, daß die Tatsachengrundlage fehlt. Diese Tätigkeit nennt man ja wohl „Staumachen“. Sie ist unerquicklich, „wie der Nebelwind, der herbstlich durch die dünnen Blätter säuselt“. Aber wenn man so deutlich wie hier die Absicht bemerkt, etwaige schwache Stellen der Entwürfe herauszufinden und alles Tadelnswerte zusammenzutragen, und wenn das Ergebnis dieses Bemühens dann so gering ist, meinen wir, daß an den Entwürfen doch wohl nicht sehr viel auszufehen sein kann.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag hat am 2. April seine Beratungen wieder aufgenommen. Man begann mit der Erörterung eines fortschrittlichen Antrages, die Bildung neuer Familienidealkommissionen an Grund und Boden durch Reichsgesetz zu verbieten. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit, bestehend aus den Sozialdemokraten, dem Fortschritt, den Nationalliberalen und einem Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung, angenommen. Auch der gegen den Antrag sprechende konservative Redner nahm die Zuständigkeit des Reiches, die von rechtsstehenden Blättern angezweifelt war, als bestehend an. Überhaupt man nunmehr die Reihe der Initiativanträge, die von den Reichsparteien in dem Tagungsabschnitte 1912/13 zur Beratung gestellt worden sind, so ergibt sich folgendes: die Sozialdemokraten halten es für das Dringlichste, das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in allen Bundesstaaten einzuführen, das Zentrum will die ungehinderte Wirksamkeit der Jesuiten, die Nationalliberalen die Regelung des Verdingungswesens und die Konservativen die Belegung kleiner Orte mit Garnisonen. Das sind ernsthafte und zum Teil diskutierbare Wünsche. Ist man aber der Ansicht, daß die Regelung des Wahlrechts der Einzelstaaten doch eben deren Sache sei, daß ferner, wenn man den Jesuitenantrag vom sferikalen Standpunkt auch begreifen mag, doch gerade dann, wenn er mit großer Leidenschaft verfolgt wird, sich angesichts des blühenden Standes der katholischen Kirche in Deutschland sofort die Tatsache einer Übertreibung aufdrängt, so wird man der weiteren Ansicht beipflichten, daß eine gewisse Sättigung an der regulierenden Tätigkeit der Reichsgesetzgebung eingetreten ist. Dies ist nicht gerade unmotiviert, da das Reich und die Parteien in den zurückliegenden 40 Jahren nicht untätig gewesen sind. Ein kleines Ergänzungswerk bildet der dem Parlament zugegangene Entwurf über Einführung einheitlicher Wahlurnen, der Wünsche des Reichstages zu erfüllen beabsichtigt.

Die internationale Lage.

Über die Entwicklung der Balkanpolitik hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow in der Budgetkommission des Reichstages eine Übersicht von der Entstehung des Balkanbundes an gegeben. Die wichtigsten Ereignisse der letzten Tage sind folgende: Die Türkei hat die Vorschläge der Großmächte, die zur Grundlage des Friedens mit den Balkanstaaten dienen sollen, in ihrer Gesamtheit angenommen. Unüberwindliche Hindernisse scheinen auch auf der anderen Seite dem Frieden nicht mehr entgegenzutreten. Wenn sich auch die Entwicklung nicht mit Bestimmtheit voraussagen läßt, so hat es doch einstweilen noch den Anschein, als ob auch die zwischen Montenegro und den Großmächten eingetretene Gegenfälligkeit die Herstellung friedlicher Verhältnisse auf dem Balkan nicht wird hintanhaltend können. Die Haltung der einzelnen Mächte in dieser Frage ist nicht immer ganz klar gewesen. Montenegro hat sich dem Ersuchen der Mächte, die Belagerung Sututari auf-

zuheben, nicht gefügt. Österreich-Ungarn hat als nächstbenachbarte Macht eine Flottenkundgebung für nötig gehalten. Dem hat England zugestimmt, dann Deutschland, dann Italien, dann Frankreich. Rußland seinerseits hat zugestimmt, daß Frankreich sich beteilige, wodurch nach außen eine erhebliche Abhängigkeit Frankreichs von Rußland markiert wird. Erst hatte man daran gedacht, daß England und Österreich-Ungarn als Beauftragte Europas das Erforderliche tun sollten, doch hat man davon Abstand genommen und sich dafür entschieden, die Aktion auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die Flottenkundgebung dauert nun seit dem 2. April. Vielleicht werden die Mächte schließlich auf den Gedanken kommen, dem König Nikolaus von Montenegro, dem sie Sututari nicht gewähren können, eine Geldentschädigung oder etwas Ähnliches zu bewilligen.

Die Balkankrise.

* Die gestrige Konferenz der Botschafter in London hat 2 Stunden gedauert und wurde alsdann auf Dienstag vormittag vertagt. Bezüglich der Flottendemonstration wurden alle Punkte geregelt. Alle Mächte, mit Ausnahme von Rußland, werden daran teilnehmen. Die verschiedenen Schiffe haben den telegraphischen Auftrag erhalten, sich an die montenegrinische Küste zu begeben, um dort eine effektive Blockade zu beginnen, deren Einzelheiten die verschiedenen Schiffskommandanten regeln sollen. Die internationale Flotte wird von dem rangältesten Offizier befehligt werden.

Die Flottendemonstration ist inzwischen zur Tatsache geworden. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Cattaro: In der Richtung gegen Antivari sieht man die Kriegsschiffe der Demonstrationsschiffe. Es sind zwölf große Einheiten, davon in erster Reihe sechs österreichische Kriegsschiffe, keilförmig aufgestellt und von einer Torpedoflottille umgeben. Zwei italienische Kriegsschiffe sind mehr gegen Süden verankert. Weiter entfernt sieht man noch vier andere Schiffe, bei denen man die Farben der Flaggen nicht unterscheiden kann. Aus allen Schloten steigt dichter Rauch. Der „Radekly“ verließ um 10 Uhr die Formation und kreuzte längs der albanischen Küste, mit großer Geschwindigkeit zwischen den Torpedobootten manövrierend, und verschwand dann am Horizont. Die übrigen Kriegsschiffe blieben zurück.

Drahtberichte melden zur Lage:

Wien, 5. April. Mit Bezug auf die in den letzten Tagen kursierenden Gerüchte von einer eventuellen Kandidatur des Herzogs von Montenegro für den Thron Albanien erzählt das „Freundenblatt“ von zuständiger Seite, daß weder Österreich-Ungarn noch Italien die Absicht haben, die Kandidatur des Herzogs anzunehmen oder zu unterstützen.

Wien, 4. April. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Belgrad: Die Blätter fordern die serbische Kaufmannschaft auf, die Waren aus Österreich-Ungarn und Italien zu boykottieren.

Wien, 4. April. Die „Neidspost“ meldet, daß die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte, es bestünde die Absicht, den Montenegrinern San Giovanni di Medua statt Sututari zuzugestehen, an hiesiger maßgebender Stelle als vollständig unbegründet bezeichnet werden.

Wien, 4. April. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet: Die montenegrinischen und die serbischen Truppen hatten bei den Kämpfen vor Sututari 2000 Tote und fast eben so viele Verwundete.

Reichstag.

* Berlin, 4. April. In der heutigen Budgetkommission des Reichstages beantwortete der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Zimmermann verschiedene Fragen in teilweise vertraulichen Ausführungen. Bezüglich des Mongolei-Vertrages erklärte er, der Vertrag gebe Rußland eine bevorzugte Stellung in der ganzen Mongolei. Nach unserem Vertrage mit China vom Jahre 1861 könnten wir nach dem Grundbesitz der Reichsbequemung dieselben Rechte in der Mongolei beanspruchen. Bisher jedoch dies nicht, da deutsche Interessen dort kaum bestanden. Das Land sei ziemlich arm, wir hätten aber ein Interesse daran, es dem Handel aller Nationen offen zu halten und hätten den Wunsch, daß die Verhandlungen zwischen Rußland und China zu diesem Ergebnis führten. In der Frage der Anerkennung der chinesischen Republik sei durch den Entschluß des amerikanischen Präsidenten eine andere Lage geschaffen worden. Bisher stand unter den Mächten die Absicht, in dieser Sache gemeinsam vorzugehen. Wie sich die Mächte nach dem Vorgehen der Amerikaner zu stellen gedächten, sei noch nicht festgesetzt. Der Unterstaatssekretär gab sodann eine Darlegung der Geschichte der Anleiheverhandlungen. Amerika trat von dem Mächtekonferenz zurück. Die deutsche Regierung wüßte nach wie vor das Zustandekommen der Anleihe im wohlverstandenen Interesse Chinas, das ohne Anleihe nur zu leicht Kongressjägern in die Hände fallen könnte und dann, anstatt auf dem Wege ernster Reformen sich zu konsolidieren, aus den finanziellen Schwierigkeiten nicht herauskäme. — Einem fortschrittlichen Abgeordneten gegenüber wies der Unterstaatssekretär die Ansicht zurück, daß Deutschland in der Frage der Veräter für die chinesische Regierung zurückgedrängt wurde. Es handele sich hier um völlig haltlose Pressenmeldungen. Die von dem Unterstaatssekretär vorgebrachten Tatsachen beweisen, daß von einer Bevorzugung anderer Mächte zum Schaden Deutschlands keine Rede sein kann. Die Kommission wandte sich hierauf der Frage der Vorbildung unserer Diplomaten zu. Der Referent beklagte die häufigen Wechsel der in Frage kommenden Beamten. Redner wünschte weiter eine Beförderung des Nachrichtenbüros für das Ausland, um unwahren Presseberichten dortselbst besser entgegenzutreten zu können. Staatssekretär v. Jagow erklärte, er mache darauf aufmerksam, daß man kaum die Bezüge der jüngeren Beamten verbessern, die der Missionschefs aber ohne eine Erhöhung würde lassen können. Fast kein Missionschef sei in der Lage, ohne eigenes Vermögen den Posten zu versehen. Eine allgemeine Aufbesserung würde aber sehr erhebliche Mittel erfordern. Nichts könne ihm ferner liegen, als der Wunsch, die diplomatische Laufbahn zu einer Domäne der Plutokratie werden zu lassen; jedem Talent solle der Weg zu ihr offen stehen. Eine endgültige Äußerung zu dieser Frage behielt sich der Staatssekretär für später vor. In keinem anderen Lande seien aber so viele aus der Konsulatskarriere hervorgegangene Beamte auf die diplomatischen Posten verbannt, wie in Deutschland. Von 80 Botschaften,

Gesandtschaft und Ministerresidenturen seien 14 mit Herren aus dem Konsulatsdienst besetzt. Die neuen Bestimmungen für die Anwärter der diplomatischen Laufbahn tragen den Bedürfnissen handelspolitischer Vorbildung weitgehend Rechnung. Abschließende Erfahrungen liegen zwar noch nicht vor, doch ist der vorläufige Eindruck befriedigend. Die häufigen Wechsel auf den diplomatischen Posten beklage auch er. Im allgemeinen werde es zweckmäßig sein, daß die jüngeren Herren möglichst viel in der Welt herumkämen, die Missionschefs dagegen so lange wie möglich auf ihrem Posten blieben und sich auf ihnen einlebten. — Die Budgetkommission nahm eine Resolution des Zentrums an, wodurch der Zugang zum diplomatischen Dienst den Befähigten ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse ermöglicht werden soll, nachdem Staatssekretär v. Jagow ausgeführt hatte, er bezürge den Antrag, der allerdings eine harte Nuß zu knaden gebe, mit Dank. Die Kommission erledigte sodann den Rest des Etats des Auswärtigen.

Berlin, 4. April. In der Budgetkommission des Reichstages erklärte der Reichssekretär Kühn bei dem Postulat „Beihilfen an hilfsbedürftige Veteranen“, daß im Jahre 1910 183 000 Kriegsteilnehmer, im Jahre 1911 195 000, im Jahre 1912 232 000 und am 1. März 1913 245 000 Beihilfen bezogen hätten. Von sämtlichen in Frage kommenden Veteranen erhielten jetzt 67 Proz. Beihilfen gegen 45 Proz. im Jahre 1910 und es solle noch mehr geschehen. Da aus dem Budgetgesetz ein Entschluß zu diesem Zweck nicht zu erwarten sei, werde er den verbündeten Mezierungen vorschlagen, dem Reichstag eine Gesetzesvorlage, unabhängig von dem Schicksal des genannten Entwurfs, zu unterbreiten. Er glaube den Gesetzentwurf in nicht zu fernher Zeit in Aussicht stellen zu können. Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner bewilligte die Kommission die für hilfsbedürftige Veteranen angeforderten 31 Millionen Mark, das sind 2 Millionen mehr als im Vorjahre.

Politische Übersicht.

Die Beisetzung des Fürsten Heinrich XIV. j. R. Neuf.

* Am Freitag mittag fand in der alterwürdigen Bergkirche zu Schlez die feierliche Beisetzung des verstorbenen Fürsten Heinrich XIV. j. R. Neuf statt. Die ganze Stadt stand im Zeichen der Trauer. Während der Nacht loderten vor dem Schlosse, sowie auf den öffentlichen Plätzen auf hohen Oelstößen mächtige Gasflammen. Auf dem Wege von dem Schlosse bis zur Bergkirche nahmen etwa 6000 Personen, Vereine und Schulkinder an der Beisetzung teil. Prinz August Wilhelm von Preußen als Vertreter des Kaisers, Prinz Johann Georg von Sachsen als Vertreter des Königs von Sachsen, Prinz Heinrich von Bayern als Vertreter des Prinzregenten, Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, die Prinzen Heinrich und Hermann von Schönburg-Waldenburg, der bulgarische Botschafter sowie viele andere hochgestellte Persönlichkeiten.

Die Ausländer und die Wehrvorlage.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In manchen Kreisen, namentlich des Auslands, scheint die Meinung verbreitet zu sein, daß die bei deutschen Banken lagernden Depots von Ausländern schon aus dem Grund zu dem Wehrbeitrag herangezogen werden sollen, weil sich dieses Kapitalvermögen im Inland befinde. Diese Ansicht ist irrtümlich. Unbedingt beitragspflichtig sollen Ausländer nur mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen sein, d. h. also mit dem in einem eigenen Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Gewerbes im Inland angelegten Vermögen. Mit ihrem sonstigen Kapitalvermögen, insbesondere also mit ihrem in einer Bank in Depot gegebenen Privatkapitalien, sind ausländische Staatsangehörige nur dann beitragspflichtig, wenn sie sich in Deutschen Reiche dauernd des Erwerbes wegen aufhalten. Ist letzteres der Fall, so können sie sich der Wehrbeitragspflicht nach dem Gesetzentwurf aber auch nicht dadurch entziehen, daß sie ihre Kapitalien aus einem inländischen in ein ausländisches Bankdepot verbringen. Denn die Angehörigen außerdeutscher Staaten, die sich in Deutschen Reiche dauernd des Erwerbes wegen aufhalten, werden in dem Gesetzentwurf den Angehörigen des Deutschen Reichs gleich behandelt und zum Wehrbeitrag mit ihrem gesamten Vermögen mit Ausnahme des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens herangezogen, gleichgültig, wo es sich befindet.

Keine Verletzung des Staatsrechts.

* Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: In einer Tageszeitung ist behauptet worden, die Heeresverwaltung habe das Staatsrecht des Reichstages verletzt, indem es, um spätestens am 1. Oktober die geplanten Heeresveränderungen durchzuführen zu können, „die notwendigen Lieferungsaufträge schon alle vergeben“ habe; überall in den Fabriken und Werkstätten werde schon lange an diesen Aufträgen gearbeitet. Diese Darstellung ist falsch. Man sollte eigentlich doch auch wissen, daß es im Deutschen Reiche einen Rechnungshof gibt, der jede Ausgabe nachprüft und dessen Berichte zur Kenntnis des Reichstages gelangen. Das Verhältnis zwischen Heeresverwaltung und Reichstag ist also weit geregelter, es ist aber auch weit vertrauensvoller, als jene Nachricht vermuten läßt. Ist es doch schon vorgekommen, daß man aus der Mitte des Reichstages auf die Beschleunigung der militärischen Maßnahmen hingedrängt hat. Die Arbeiten, die jetzt in den Werkstätten vollführt werden, mögen von der vorjährigen Heeresvorlage herrühren. Es wird auch von der Militärverwaltung zweifeln das Verfahren angewendet, sich frühzeitig mit den Lieferanten in Verbindung zu setzen und ihnen anheimzustellen, vorbehaltlich der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften, die Arbeiten vorzubereiten. Das dürfte dem Wunsche der Fabrikanten, disponieren zu können, und auch dem Wunsche des Reichstages, der für alle kaufmännischen Erwägungen Sympathie zu zeigen pflegt, entsprechen. Den Fabrikanten fällt dabei das Risiko zur Last. Die An-

nahme, daß die Mittel des Juliusturms zu Spandau von der Seeresverwaltung für bare Auslagen in Anspruch genommen seien, trifft ebenfalls nicht zu. Der Kriegsschatz untersteht gar nicht der Seeres-, sondern der Reichsfinanzverwaltung. Soweit bekannt, ist eine Veränderung mit ihm nicht vorgegangen.

Zur Landung des Z. IV in Frankreich.

Das Luftschiff „Z. 4“ ist nunmehr tatsächlich bei Frescati gestern nachm. gelandet und in die dortige Luftschiffhalle gebracht worden. Über seinen Aufenthalt in Lunéville wird noch gemeldet, daß der ständige Generalinspekteur des Militärflugwesens, General Girschauer, nachdem er die deutschen Offiziere befragte, ob sie alles Nötige hätten, mit seinem Stabe eingehend das Luftschiff, die Gondeln sowie die gesamte innere Einrichtung besichtigte. Auf Ersuchen des Führers Gmund gestattete General Girschauer, daß zwanzig Luftschiffer, die mit dem Straßburger Zug eingetroffen waren, den Exerzierplatz betreten dürften, um bei der Ausbesserung des Luftschiffes mitzuhelfen. Verschiedene Aluminiumstangen im Innern waren bei der Landung gebrochen und mußten provisorisch durch Holzleisten ersetzt werden. Auch einzelne Gasballons waren nur teilweise gefüllt, so daß das Luftschiff für die Rückfahrt erheblich entlastet werden mußte, was hauptsächlich durch die Beseitigung eines der beiden hinteren Motore bewirkt wurde. Die von Gmund telegraphisch verlangten Waggons mit 200 Wasserstoffbehältern aus Friedrichshafen trafen am Vormittag in Lunéville ein. Gegen Mittag wurde die Füllung der Ballons vorgenommen. Der Zollnehmer von Lunéville verlangte ein Zolldepot von 7000 Franken, das auch gezahlt wurde, jedoch zurückerstattet werden wird. Wie die Blätter berichten, wurden die Gondeln des Luftschiffes von Leuten aus Lunéville trotz aller Überwachung mit verschiedenen Inschriften, insbesondere „Vive la France“ bemalt. Um 11 Uhr 45 Min. trieb ein Windstoß den Ballon in die Höhe, mit ihm dreißig Soldaten, die ihn hielten. Es war ein angsterregendes Augenbild. Alles rief: „Loslassen!“, worauf die Soldaten sich zur Erde fallen ließen. Dann senkte sich die Spitze des Luftschiffes und näherte sich bis auf zwei Meter dem Boden. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, begab sich die Mannschaft durch den Laufgang in die hintere Gondel. Um 12 Uhr 30 Min. wurde der Befehl zum Aufstieg gegeben. Das Schiff hob sich sofort, schwebte aber noch über eine Stunde über dem Plage in der Luft, da es gegen heftigen Wind zu kämpfen hatte, der es nach Norden abtreiben wollte. Auf dem Luftschiffe befand sich nur noch die eigene Mannschaft, während der Bürgermeister die deutschen Offiziere, die von einem besonderen Beamten begleitet wurden, in seinem Automobil nach Avricourt brachte. Der abmontierte Motor wurde auf einem Wagen zum Bahnhof geschafft.

Von den Offizieren der Besatzung des „Z. 4“ sind Hauptmann George, Oberleutnant Brandeis und Kapitän Gmund sowie Ingenieur Sieges am Freitag abend in Metz eingetroffen.

Friedrichshafen, 4. April. Von dem Führer des Luftschiffes „Z. IV“, Kapitän Gmund, ist hierher die Meldung gelangt, daß die in den „Z. IV“ eingebauten drei Raibachmotoren während der ganzen Fahrt ohne die geringste Störung durchliefen. Der in Lunéville erfolgte Ausbau eines Motors aus dem Luftschiff hatte lediglich den Zweck, das Schiff zu erleichtern. Die Meldungen, wonach die Notwendigkeit des Landens mit schweren Motordefekten motiviert wird, entbehren jeder Grundlage.

W. Z. meldet aus Lunéville: Die Menge versuchte zweimal, mit Messern und Stöcken das Luftschiff zu bedrohen. Die starke militärische Bewachung vereitelte diese Versuche. Gestern abend fuhr der Bürgermeister von Lunéville mit Hauptmann George zum Diner, dann lud auch der kommandierende Divisionsgeneral zum Zeichen, daß er die Handlungsweise des Maire billige, die anderen Offiziere des Luftschiffes ebenfalls zu Tisch. Man glaubt nicht, daß die deutschen Offiziere schon heute abreiten können, da außer der diplomatischen Seite der Angelegenheit verschiedene Sabotagen und Ausbesserungen zu erledigen sind, die zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen dürften. Das Luftschiff ist durch ein eiligst gegangenes Drahtgitter isoliert worden. Später wurde gemeldet, daß die Mitteilung, der Kommandierende des Luftschiffes sei zum Maire geladen worden, sich nicht bestätigte. Deutsche Hilfsarbeiter, die nachts eingetroffen sind, begannen heute vormittag mit den Ausbesserungsarbeiten. Die Bevölkerung strömt zwar fortwährend noch zum Marsfeld hinaus, verhält sich aber im übrigen passiv.

Der Kaiser hörte am Freitag vormittag in Somburg v. d. H. den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generaladjutanten von Lynder. Am späteren Vormittag begab sich der Kaiser im Automobil nach Hohemars zum Besuch der Königin der Niederlande. Zur Frühstückstafel im königlichen Schloß bei dem Kaiserpaar waren geladen: Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen und Prinzessin Heinrich von Preußen.

Keine Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat. Nach der „Militärpolit. Korresp.“ sollten im Bundesrat gewisse Meinungsverschiedenheiten über die Deckungsvorlage bestehen, die nur einstweilen zurückgestellt wurden in der bestimmten Erwartung, daß der Reichstag eine entsprechende Korrektur der Bundesratsbeschlüsse vornehmen werde. Diese Nachricht ist nach der „Neuen politischen Korrespondenz“ völlig unzutreffend. Im Bundesrat hat nicht nur betreffs der Seeresvorlage, sondern auch über die Deckungsvorlage völlige Einmütigkeit geherrscht. Auch weist ja die befremdliche Notiz der „Militärpolitischen Korrespondenz“, daß die dissentierenden Mitglieder des Bundesrats vom Reichstage eine entsprechende Korrektur in ihrem Sinne erwarteten, darauf hin, wie gänzlich unzutreffend die ganze Mitteilung ist.

Die beiden Zentralorganisationen der deutschen Arbeitgeberverbände, die Hauptstelle des deutschen Arbeitgeberverbandes und der Verein deutscher Arbeitgeberver-

bände haben heute ihre Verschmelzung beschloffen. Die Gründungsversammlung der neuen Zentralorganisation, die den Namen „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ erhalten soll, wird am 5. April in Berlin stattfinden.

Zur Lohnbewegung im Malergewerbe. Am 1. April waren zwei Vertreter der Arbeitgeber und zwei Vertreter der Gewerkschaften auf Veranlassung des Staatssekretärs Delbrück im Berliner Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Rath-Essen und des Magistratsrats von Schulz-Berlin zu einer Besprechung zusammengekommen, um zu beraten, ob und unter welchen Bedingungen neue Verhandlungen stattfinden können. Die fünfstündige Besprechung endigte mit dem Resultat, daß am 8. April d. Z. weitere Einigungsverhandlungen vor den drei Unparteiischen in Berlin stattfinden sollen.

Gegen den Großblock sprach sich auf dem Parteitag der württembergischen Nationalliberalen der Reichstagsabgeordnete Dr. Quard aus Koburg aus. Er sagte über diesen Punkt nach dem Bericht des „Deutschen Volksblatts“: „Über die Sozialdemokratie und unser Verhältnis zu derselben braucht man in Württemberg nicht viele Worte zu machen. Man sieht hier ein, daß es schon im Interesse der Selbsterhaltung der Partei liegt, wenn deutlich ausgesprochen wird, daß wir nicht den allergeringsten Anlaß haben, im Bürgertum den Gedanken an eine Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie aufkommen zu lassen: ein Übergreifen des badiischen Großblockgedankens auf das Reich müssen wir auf das entschiedenste ablehnen.“ (Der Bericht verzeichnet hier: Lebhafter Beifall.) Die irgeleiteten Massen wird man niemals auf den vaterländischen Boden zurückbringen, wenn man mit den sozialdemokratischen Führern unter der Decke moggelt. Deshalb wollen wir es laut und offen aussprechen, daß es hier keine Brücke gibt.

Ausland.

Bern, 4. April. In der letzten Sitzung des Nationalrates, betreffend den Gotthardbahnvertrag, sprachen noch mehrere Redner. In der Eventualabstimmung wurden Anträge auf Verschiebung zwecks neuer Verhandlungen und Unterstellung unter Volksabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. In der definitiven Abstimmung wurde die Ratifikation des Vertrages mit 108 gegen 77 Stimmen beschlossen. Die Gegner waren Demokraten, Sozialdemokraten, die meisten Vertreter der welschen Kantone ohne Parteiunterschied, der größte Teil der katholischen und protestantischen Konserverativen und einzelne der freisinnigen Mehrheit. Dafür stimmten fast alle freisinnigen deutschen Kantone und Tessiner Konserverative aus den Kantonen der Gotthardlinie.

Madrid, 4. April. Nach einer Sabasmeldung ist es sehr wahrscheinlich, daß der König im Anfang des nächsten Monats einen offiziellen Besuch in Frankreich machen wird.

Washington, 3. April. Präsident Wilson und die Mitglieder des Komitees des Repräsentantenhauses zur Ausarbeitung der Tarifrevision sind in der dreitägigen Konferenz übereingekommen, die Wolle zollfrei zu machen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 5. April.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise stattete gestern nachmittag Ihrer Majestät der Königin-Mutter von Schweden in Heidelberg einen Besuch ab. Vor der Rückreise besuchte Ihre königliche Hoheit noch das Samariterhaus und die chirurgische Klinik dazelbit.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb. Hierauf meldeten sich Generalleutnant Isbert, Kommandeur der 29. Division, bisher der 15. Infanteriebrigade, Generalmajor von Beck, Kommandant von Neubreisach, bisher Kommandeur des Oldenburgischen Infanterieregiments Nr. 91, Major z. D. von Hedenmann, Kommandeur des Landwehrbezirks Bruchsal, bisher Bataillionskommandeur im Rheinischen Infanterieregiment Nr. 68, und Hauptmann Davids, Plahmajor von Rastatt, bisher Kompagniechef im Infanterieregiment Freiherr von Sparr (3. Westfal. Nr. 16).

Um halb 12 Uhr erteilte Seine königliche Hoheit der Großherzog dem Professor Dr. W. van Calker an der Universität Siegen Audienz.

Steuerveranlagung. Alle steuerpflichtigen Personen, die noch nicht zur Steuer veranlagt sind oder deren Vermögen oder Einkommen sich erhöht hat, sind gesetzlich verpflichtet, innerhalb der vorgeschriebenen Fristen Steuererklärungen beim Steuermittler einzureichen. Nach den seither gemachten Erfahrungen, die durch neuerlich angestellte Ermittlungen bestätigt worden sind, kommen aber die Steuerpflichtigen aller Stände zu einem erheblichen Teil dieser Verpflichtung nicht oder nicht in genügender Weise nach, indem sie die gebotenen Steuererklärungen überhaupt nicht, nicht rechtzeitig oder nicht richtig abgeben; alle diese Personen müssen daher erst durch die Steuerbehörde zur Herbeiführung ihrer geordneten Steuerveranlagung besonders aufgefordert oder vorgeladen werden. Abgesehen davon, daß dadurch das Steuerveranlagungsgeschäft erheblich erschwert und verzögert wird, läßt es sich auch trotz aller Bemühungen der Veranlagungsbehörden nicht verhindern, daß dem Staat und den Gemeinden infolge derartiger Lässigkeiten nicht unbeträchtliche Steuerbeträge entgehen. Andererseits kön-

nen sich auch die Steuerpflichtigen durch gewissenhafte Befolgung ihrer steuerlichen Verpflichtungen mancherlei Weitläufigkeiten ersparen und sich insbesondere auch gegen die in den Steuergesetzen für Zuwiderhandlungen vorgesehenen, bekanntlich sehr empfindlichen Strafen schützen, zu deren schärfster Anwendung die Steuerverwaltung sich gezwungen sehen würde, wenn die sonstigen Bemühungen, die Steuerpflichtigen zu einer gewissenhaften Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtungen zu erziehen, auch fernerhin den erwünschten Erfolg vermissen lassen sollten. Die Steuerpflichtigen sollten es sich daher schon in ihrem eigenen Interesse angelegen sein lassen, den erwähnten Verpflichtungen pünktlich und ohne besondere Aufforderung der Steuerbehörde nachzukommen.

Aus der Nebenb.

Zur Fleischsteuerung. Der Stadtratsbericht teilt mit: Das Großherzogliche Ministerium des Innern hat den Antrag des Stadtrats auf Verlängerung der Erlaubnis zur Einfuhr von holländischem Schlachtvieh an das Reichsamt des Innern befürwortend weiter geleitet. Nach Mitteilung des Großherzoglichen Ministeriums hat sich aber der Preussische Landwirtschaftsminister nicht entschließen können, die Einfuhr von solchem Schlachtvieh über den 1. April hinaus zuzulassen, selbst wenn der in München vorgekommene Seuchensfall, der zur vorzeitigen Sperrung der Grenze führte, nicht eingetreten wäre, da von vornherein mit einer Verlängerung der Einfuhrerlaubnis über den 1. April hinaus nicht habe gerechnet werden können. Die Erlaubnis zur Einfuhr von Schlachtvieh aus Italien, um die der Stadtrat nachgefragt hatte, ist von dem Großherzoglichen Ministerium des Innern wegen der Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche verweigert worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 5. April. Das „Militärwochenblatt“ meldet: von Hubud, Generalleutnant und Kommandeur der 4. Gardebatteriebrigade, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden. Freiherr von Soden, Oberst und diensttuender Flügeladjutant des Kaisers ist unter Belassung in seinem Verhältnis als Flügeladjutant mit der Führung der 4. Gardebatteriebrigade beauftragt und Graf von Wolke, Rittmeister und Adjutant des 3. Armeekorps, unter Beförderung zum Major zum diensttuenden Flügeladjutanten des Kaisers ernannt worden.

Paris, 5. April. Wie aus Lunéville gemeldet wird, hat der Führer des Luftschiffes Z. 4, Kapitän Gmund, vor der Abfahrt dem Bürgermeister der Stadt für die durch die Überwachung des Luftschiffes und den Ordnungsdienst verursachten Ausgaben 2000 Mark übergeben. General Girschauer jagte einem Berichterstatter: Das Abenteuer, das dem deutschen Luftschiff zugestossen ist, ist ein ganz gewöhnliches und kann morgen einem französischen Luftschiff widerfahren. Der Gedanke, daß es sich irgendwie um Spionage handle, ist vollständig ausgeschlossen. Wir haben wohl einige photographische Klischees gefunden, aber diese waren ohne jedes Interesse und auch nicht während dieser Fahrt ausgenommen. Die übrigen beschlagnahmten Papiere haben keinerlei Bedeutung. Es ist allerdings sicher, daß sich die Führer des Luftschiffes während der Fahrt verschiedener Apparate und wahrscheinlich auch ihrer Papiere entledigt haben, die ihnen un bequem hätten werden können. Wir werden Nachforschungen anstellen, hoffen aber nicht, irgend welche Anzeichen von Spionage zu finden. — Der nationallistische Deputierte von Nancy, Major Driant, hat das deutsche Luftschiff eingehend besichtigt und gibt von ihm in der „Libre Parole“ eine eingehende Schilderung. Er erzählt dabei, daß er einige Augenblicke auf der Plattform des Luftschiffes geblieben sei und sich vorzustellen versucht habe, wie die daselbst zur Bedienung des Maschinengewehres aufgestellten Soldaten die französischen Flugzeuge angreifen würden. Jedenfalls müsse er den französischen Fliegern den Rat geben, sich daran zu erinnern, daß das Maschinengewehr auf den Zeppelin Schiffen vorne aufgestellt sei, daß es daher vorteilhaft sei, diese Luftschiffe von hinten anzugreifen.

Sofia, 5. April. Die Regierung nahm die Friedensbedingungen der Mächte unter gewissen Vorbehalten an.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur G. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

SCHMIDT-STAUß'S PRÄZISIONS-TASCENUHREN seit Jahrzehnten bewährte, vortreffliche Taschenuhren, unterscheiden sich von ähnlichen Fabrikaten durch die große Sorgfalt, die nach der Fertigstellung auf die Regulierung jedes einzelnen Stückes verwendet wird. Diese Regulierung wird in den Temperaturen 5° bis 35° und in verschiedenen Lagen in eigener Werkstätte ausgeführt. Kein Stück kommt ohne 4 wöchentliche Prüfung zum Verkauf. Preisliste und Auswahl zu Diensten. D. 973 G. SCHMIDT - STAUB, Karlsruhe, Kaiserstraße 154-Hofjuwel- und Hofuhrmacher. Altrenommiertes Haus. En gros. Julius Stauß, Karlsruhe. En détail. Großes Spezialgeschäft in Bekleidungs- aller Arten, Bekleidungs-, Passanterien, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handarbeiten, Strümpfen, Krautwatten, Fächern. Große Auswahl in Nischen-Boas und modernen schwarzen Spitzen- und Häubchen. Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telephon 372. Blusen, Unterröcke usw. sehr preiswert.

Aufbewahrung

während des Sommers von

Pelzwaren

Wintergarderoben, Uniformen, Teppichen etc.
(Auch nicht bei uns gekaufte Gegenstände)

Volle Garantie und Versicherung
gegen Motten, Feuer, Wasser
oder gegen sonstiger Schaden.

Sorgfält. Pflege des Pelzwerks

durch fachgemäße Behandlung von
geübtem Berufspersonal. — Zweck-
entsprechende, große Aufbewah-
rungsräume, hygienisch, voll-
kommene, mustergültige Einrichtung.
Mäßige Gebühren.

Großkürschnerei

Wilh. Zeumer

Hoflieferant.
Kaiserstraße 125/127 Telefon 274.
Gegründet 1870 E.427
Grand Prix London u. Paris. Goldene Medaille Leipzig.
Kostenlose Abholung in Karlsruhe und Vororten
in geschlossenem Auto durch zuverlässige Diener.

Oel-Gemälde

werden regeneriert u. firnissiert, Kupfer-, Stahl-
u. sonstige Stiche werden gebleicht u. restauriert,
Rahmen aufgefrischt und vergoldet bei

Fz. Otto Schwarz, Kaisersstrasse 225.
Billigste Preise. Telefon 1407.

Für den Frühjahrs-Aufenthalt

empfehlen sich:

Amrum Post Norddorf. **Seehospiz.** Christliche Er-
holungshäuser. Kein Trinkgeld. Volle Pension
von 4.— Mark an. Prospekt frei. E.263

Baden bei Zürich (Schweiz) bei
Berühmte Heilerfolge bei Rheumatismus, Gicht, Ischias.
Eigene Thermalquelle und Bäder im Hause selbst.

„Hotel Habsburg“ „Hotel Rebstock“
Neu, moderne Einrichtung, Zentral- Altbewährtes und bürgerlich.
heizung, Lift. Pension mit Zimmer Haus, Pension mit Zimmer
von 5.50 Mk. an. von 4.50 Mk. an.

Beizet: H. Heitz.

Baden-Baden Pension Villa Frisia
Ecke Gönneranlage Prospekt frei.
Inh. Frau Else Wigger.

Baden-Baden Pension Graf Zeppelin
Bismarckstr. 12. Ruhige Lage. Vor-
nehmen neu eingerichtet. Haus, Zentralhgz.
Zimmer mit u. ohne Pens. Maß. Preise.

Ostseebad Bansin auf der Insel Usedom.
Schönstes all. Ostseebäder.

Bad Brückenau Schloß-Hotel. Ehem. Besitzum S. M. Königs
Ludwig I. v. Bayern. Schönste Lage d. Badorts.
Bevorz. Sommeraufenthalt. Prosp. einfordern.

Markkirch Hotel du Commerce
5 Min. v. Bahnhof, ältestes, bestempfohlenes Haus
am Platze. Vorzügliche Küche. Reine Weine.
Hübsche Fremdenzimmer. Elektr. Licht. Zentral-
heizung. Großer Gesellschaftssaal. Omnibus am
Bahnhof. Den Touristen sehr empfohl. **Wwe. Emil Jochem u. Sohn.**

Oberprechtal Station Elzach und Hornberg
(Schwarz- Gasthof und Pension „Adler“
wald) Durch schön. Anbau vergr. u. d. Neuzeit entspr. eing. Eist. u. best. einger.
Haus. Plätze, m. anerk. vorzügl. Küche u. reinen, selbstgez. Weinen:
Veranda, schön. Garten. Viels. Waldspazierg., ruh. ländl. Aufenth. Warm.
Bäd. Milchwirtsch. Eig. Fuhrw. Forrellenfisch. Jagdgehüt. Bill. Pensions-
preise. Teleph. 1. Prosp. bereitwill. durch d. Besitzer **Fr. Pleuler.** E.342

Paris Gd. Hôtel Violet
11/12 Pass. Violet (Fbg. Poissonnière). Nächst der
Bahnhöfe und Boulevards. Gänzlich renoviert. Bäder.
Ruhige Lage. Deutsches Haus. **H. Castrop.**

Schönberg Stubaial Tirol. 1014 m. Empfehle mein
gut bürgerliches Gasthaus und Pension
als stab. Sommerfrischst. f. läng. Aufenth., prachtl. Auss. a. d. Stubaier
Gletscherwelt. Ortsübl. Tagespreise. Näh. u. Fr. d. **Nik. Lanthaler,** Bes.

Schönmünzach Gasthof Schiff. Neue Bahnhöfen
Forbach-Gausbach. Bürgerl. Haus.
Offene Biere. Veranda. E.356
E. Frey. Autohaltestelle.

Sigriswil am Thunersee, 800 Meter überm Meer.
Hotel „Kurhaus“ Bären
m. prachtl. v. Auss. a. See u. Gebirge. Angenehm. Frühjahrsaufenthalt,
bei reduzierten Preisen. Höfl. empfiehlt sich **F. Wangart-Gruber.**

E 350

MISDROY

Christl. Hospiz Dünenschloß
für Sommerfrische u. Winterkuren angelegent-
lichst empfohlen. Vorzügl. Aufnahme bei mässig. Preisen.
Prospekte kostenfrei d. d. Hausmutter **EVA QUISTORP.**

Kuranstalten u. Pension
Monte Bré

Lugano-Ruvigliana

(ital. Schweiz).
Rivieraklima. Die meist.
Sonnenstunden Europas!
Gesamt. Einrichtung für phys.
diät. Therapie inkl. Radium- und Röntgenkuren.

Bestgeeignet für Frühjahrsaufenthalt.

Mod. Einrichtung. Zentralheizung. Vorzügl. Diät. 150 Betten.
Das ganze Jahr stark besucht. Jährlicher Besuch über 1000 Kur-
gäste. Pensionspreis M. 4.80 bis 8.—. **Arzt im Hause.**
Aerztl. Leiter Dr. med. Schär (langjähr. Assist. von Professor Dr.
Kocher und Chefarzt div. großer Sanatorien). Beste Erfolge bei
Magen-, Darm-, Herz-, Nierenleiden, Stoffwechselstörungen,
Gicht, Rheuma, Blutarmut, bes. aber bei Frauen- und Ner-
venkrankheiten. Illustr. Prospekte und Heilberichte frei durch
D.456 Dir. **Max Pfening.**

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

Montag	Knorr-Geflügelsuppe
Dienstag	„ 7 Schwabensuppe (Eierhaaren)
Mittwoch	Knorr-Pariser Suppe
Donnerstag	„ Weibertrensuppe
Freitag	Knorr-Spargelsuppe
Sonnabend	„ Eierspühlesuppe
Sonntag	Knorr-Heissuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe.
Nach dem Urteil der Genossin sind

Knorr-Suppen — die besten.

Neueste Marken: Uniformen von 1813 gegen
Einführung von 6 Knorr-Suppenwürfel-Umschlägen.

Johannes Hach

Erstklassiges Herrenmaßgeschäft
Amalienstraße 59 Tel. 1619.

**Residenz-
Theater**

Waldstrasse 30.

Ununterbrochen
Vorführungen von Nach-
mittags 3 Uhr bis abends
11 Uhr.

Vornehmstes und elegantestes
Unternehmen am Platze,
eigens zu diesem Zwecke
erbaut. E.450
An Nachmittagen und Vor-
abenden Rendezvous aus der
Gesellschaft.

Programm

nur für Samstag, 5. bis inkl.
Dienstag, 8. April.

Eilt! Garantiert
8. April Ziehung der

Badisch-Invaliden- Geld-Lotterie

3328 Goldgew. u. 1 Präm. bar Gold

37 000 M.
Mögl. Höchstgew. bar Gold

15 000 M.
Hauptgewinn bar G. id

10 000 M.
3327 Gew. u. 1 Präm. bar Gold

27 000 M.
Lose à 1 M. (11 Lose 10 M., Porto
empfehl.) und Liste 30 Pf.
Lotterie-Unter. **J. Stürmer**
Straßburg i. E., Langestr. 107

Die Studentin.

Sittendrama aus der russischen
Gesellschaft.

Pathé-Journal

illustriert die neuesten Be-
gebenheiten.
Der Filmkönig
Max Linder
spielt wieder in
Max als Wohltäter.
All Heil!
Drama.
Der Cowboy
sucht ein Engagement.
Komisch.
Gebrüder Vewens.
Die Gebrüder Vewens zeigen
in diesem Film eine Kiefern-
stärke die alles bisher Da-
gewesene weit übertrifft.
Das Alarmsignal.
Drama.
Die verrirte Einladung.
Köstliche Komödie.
Verräterin.
Dramatische Kriegsepisode mit
Asta Nielsen-Gad.
Königl. dänische Hofschau-
spielerin in der Hauptrolle.

Offene 2. Ratfängerstelle

Infolge anderweitiger An-
stellung des bisherigen Inha-
bers ist die Stelle des II.
Ratfängers dahier frei ge-
worden und auf 1. Mai ds.
J. neu zu besetzen.
Militärfreie Bewerber,
welche mit den einschlägigen
Kommissionen im Verwaltungs-
dienst und Grundbuchwesen
vertraut sind, sowie selbstän-
dig arbeiten können, wollen
sich ein Entsendung von
Zeugnissen und eines selbst-
geschriebenen Lebenslaufes
längstens bis zum 20. d. M.
bei der unterfertigten Stelle
— eventl. persönlich — mes-
sen.
E.458.2.1
Anfangsgehalt 1200 Mark,
mit Aussicht auf definitive
Anstellung nach abgelaufener
Probezeit.
Gengenbach, 3. April 1913.
Der Gemeinderat:
S e r b.

Darlehen

werden an Beamte öffentlicher
Behörden mit Mindestgröße
von M. 3500 unter günstigen
Bedingungen ohne Vorauszah-
lung irgend welcher Spesen
gewährt. Off. unter genauen
Angaben unter **D. 935** an
die Expedition dieses Blattes.

Fichtenpflanzen

u. alle and. Forstpflanzen
Heckenpflanzen, Allee-
bäume, Koniferen liefert
in bekannt. prima Ware
**W. Lausterer, Forstbaumschul-
den, Reisingen, Württ. E.64**

Archiv- bzw. Bibliotheksbeamter.

Jüngerer Beamter (Aktuar)
gesucht, mit Lebenslauf, Zeug-
nisabschriften und Gehalts-
ansprüche an die Königl.
Fürstenerbischofliche Hofbibliothek
in Donaueschingen. E.457.2.1

Württemberg- Badischer Eiertarif.

Mit Gültigkeit ab 1. April
1913 wird neben einigen durch
den neuen deutschen Eisen-
bahntarif, Teil I bedingten
formellen Änderungen die
bayerische Sonderbestimmung
5 d zu B Stüßfähe betreffend
Zusammenladung von Pferden
mit Hohlen oder mit Hefen
geändert. Näheres in unserm
nächsten Tarifanzeiger.
Karlsruhe, 5. April 1913.
Großh. Generaldirektion der
Bad. Staatsbahnen.

Karlsruher Reit- und Fahr-Institut

Louis Pasche

Institut ersten Ranges Telefon 1912

Mit Gegenwärtigen bringe ich ergebenst den hochge-
ehrten hiesigen Sportkreisen und Umgebung zur Kenntnis,
daß ich ab 1. April 1913 das hiesige

Reit-Institut, Ruppurerstrasse 1

übernommen habe. Als langjähriger Universitätsreitlehrer
in Tübingen und Direktor des Stuttgarter Tattersalls bin
ich als erfahrener Reitlehrer und Fachmann in der Lage,
auf einer Anzahl zuverlässiger, durchgeittener Reitpferde
an Damen, Herren und Kinder einen praktischen und
systematischen

Reit- und Fahrunterricht

in deutscher u. französischer Sprache zu erteilen. Aengst-
liche nervöse Reiter und Anfänger können unter meiner
rücksichtsvollen und erprobten Leitung sich vertrauensvoll
diesem ewig edelbleibenden und gesundheitsfördernden
Sport widmen und denselben pflegen.

Für Hochschüler und Schüler bedeutende Preis-
ermäßigung.

Vermietung zuverlässiger truppentrommer Pferde
für militärische Übungen aller Waffen.

Vorzügl. Pensionsstallungen unt. fachmänn. Aufsicht.
Eingestellte Pferde werden in Dressur u. Korrektur
übernommen.

Herr Stallmeister Schindler bleibt wie bisher als
mein Stellvertreter in meinem Institut tätig.
Ich werde bemüht sein, den Wünschen meiner ge-
schätzten Kundschaft in weitgehendstem Maße gerecht zu
werden und bitte höflichst, das dem Institut seither be-
wiesene Wohlwollen auch fernerhin bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll

Louis Pasche, Reitlehrer,

Reitinstitutinhaber.

Stoffe für Kostüme

„ Kleider
„ Blusen
Röcke, Herren-Anzüge

kaufen Sie am
vorteilhaftesten E.452
bei geschmackvoller, reichhaltiger Auswahl

im Spezialhaus

Carl Büchle,

Inhaber: **Kohlmann & Braunagel** 7 Herrenstr. 7 Zwischen
Kaiserstraße und
Schloßplatz.